

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

15.2.1928 (No. 39)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verantwortlicher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. H. Meub,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vortreibung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaßen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Krisis im Reich

Die Verhandlungen über das Reichsschulgesetz gescheitert
B.D.Z. Berlin, 15. Febr. (Tel.) Der interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien trat am heutigen Mittwoch vormittag in Gegenwart der Minister von Reubell und Bergt im Reichstage wieder zusammen. Wie das B.D.Z.-Büro hört, erwartete man, daß die Verhandlungen heute bald zu Ende geführt werden können, da es sich im wesentlichen bei der Unvereinbarkeit der sich gegenüberstehenden Forderungen der Parteien nur noch um die Feststellung handeln dürfte, daß die Kompromißverhandlungen über das Reichsschulgesetz ergebnislos geblieben sind. Um 10.30 Uhr wurden die Verhandlungen für gescheitert erklärt und der Ausschuss ging auseinander. Wie das B.D.Z.-Büro weiter hört, wurde in der Sitzung ausdrücklich festgestellt, daß von keiner Seite brauchbare Kompromißvorschläge gemacht worden seien und daß damit die Verhandlungen über das Reichsschulgesetz als gescheitert zu betrachten seien.

Hg. v. Guérard stellte unter Zustimmung der anderen Parteien fest, daß die Verhandlungen über das Reichsschulgesetz eine Aussicht jetzt nicht bieten. Hg. Graf Westarp (Dn.) schloß die Sitzung mit dem Ausdruck des Dankes an die Koalitionsmitglieder und zugleich mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß das große Werk in diesem Augenblick nicht erledigt werden könne. Hinsichtlich des Schicksals des Reichsschulgesetzes nannte Graf Westarp folgende drei Möglichkeiten: Daß es entweder von der Reichsregierung zurückgezogen wird oder daß der Ausschuss mit dieser Tagesordnung nicht mehr zusammentritt oder schließlich, daß die Entscheidung über das Schulgesetz in offener Feldschlacht im Reichstag fällt.

In parlamentarischen Kreisen hat das Scheitern keine Überraschung hervorgerufen, da ja bereits seit geraumer Zeit mit dieser Entwicklung gerechnet wurde. Damit muß der erste Teil der Anregung als erledigt gelten, die der Reichspräsident in seinem Schreiben gegeben hat, indem er den Parteien riet, zunächst doch alles aufzubieten, um eine Einigung über das Schulgesetz herbeizuführen. Mit den Besprechungen des Reichskabinetts und der Parteiführer wurde nunmehr die zweite Etappe der Verhandlungen eingeleitet, die der Reichspräsident für den Fall des Scheiterns der Schulverhandlungen gewünscht hatte, die Etappe nämlich, in der es sich darum handelt, festzustellen, ob vor der Auflösung die übrigen noch ungelösten Aufgaben des Parlamentes erledigt werden können. Ob es möglich sein wird, die Auflösung solange hinauszuschieben, das dürfte nach Ansicht unterrichteter Kreise im wesentlichen davon abhängen, wie weit sich eine Zuspitzung des Verhältnisses der Parteien in den im Gange befindlichen Besprechungen vermeiden läßt. Dazu kommt aber noch die technische Schwierigkeit eines Wahltermins im März.

Außerdem wird berichtet, daß auch jetzt bei allen Parteien überwiegend der Wunsch besteht, Etat und Nachtragsetat usw. doch noch zu erledigen.

Förderung des Kleinwohnungsbaues

B.D.Z. Berlin, 15. Febr. (Tel.) Der Haushaltsausschuss des Reichstages beschäftigte sich zunächst mit dem Antrag des Ausschusses für das Wohnungswesen auf Verabschiedung eines Gesetzes über die Bereitstellung von Krediten zur Förderung des Kleinwohnungsbaues. Der Entwurf ermächtigt den Reichsarbeitsminister, zur Förderung der Gewährung von Zwischenkrediten für den Kleinwohnungsbaue sich bis zu einem Betrage von 10 Millionen Reichsmark an einer Kapitalerhöhung der Deutschen Bau- und Bodenbank A. G. in Berlin zu beteiligen. Das Reich muß am Gesamtaktienkapital mit mindestens 51 v. H. beteiligt sein. Der Reichsarbeitsminister wird weiter ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister für Darlehen an diese Bank, die zu Zwischenkrediten für den Kleinwohnungsbaue verwendet werden sollen und im Rechnungsjahr 1928 aufgenommen werden, bis zu einem Betrage von 200 Millionen Reichsmark die Bürgschaft zu übernehmen. Diese Bürgschaftkredite dürfen nur gegeben werden, wenn die volle Finanzierung des Bauvorhabens gesichert ist. Der Entwurf wurde genehmigt.

Bund republikanischer Beamten

B.D.Z. Berlin, 15. Febr. (Tel.) Die Vereinigung republikanischer Verwaltungsbeamten, die im Jahre 1922 mit dem Ziele gegründet wurde, den Einklang der öffentlichen Verwaltung mit der durch die Weimarer Verfassung gegebenen republikanischen Staatsordnung herzustellen, ist zu dem Bund der republikanischen Beamten ausgebaut worden. Den Vorsitz führt Rofrat Dellius. Der Bund hat sich zur Aufgabe gestellt, alle Beamten zu vereinen, die vorbehaltlos und aus Überzeugung auf dem Boden der Republik stehen, sich in ihrem Geiste betätigen wollen und ihr zu dienen und sie zu führen bereit sind. Der Bund wird, ohne einer bestimmten Partei dienstbar zu sein, die gemeinsamen Interessen seiner Mitglieder wahrnehmen, insbesondere die Freiheiten und Rechte, die erst die Verfassung den Beamten gegeben hat.

Letzte Nachrichten

Um das Schicksal des Reichstages

M. Berlin, 15. Febr. (Priv.-Tel.) Nachdem die Parteien festgestellt hatten, daß eine Einigung über das Schulgesetz unumgänglich ist, fanden noch Besprechungen zwischen dem Reichskabinetts und den Parteiführern statt. Es wurde dabei dem Kabinetts die Verantwortung für alle weiteren Beschlüsse überlassen. Die Regierung soll heute nachmittag feststellen, welche gesetzgeberischen Aufgaben noch unbedingt erledigt werden müssen. Dann tritt wieder der interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien zusammen, um darüber eine Einigung zu erzielen, und dann wird eine Fühlungnahme mit der Opposition erfolgen, um ein möglichst reibungsloses Zusammenarbeiten für die letzten Reste der Tagung zu erreichen. Das bedeutet praktisch, daß eine Auflösung in den nächsten Tagen noch nicht in Frage kommt, also wohl Wahlen im März nicht durchgeführt werden können. Es bleiben demnach, da ja der April durch die Osterfeiertage verbraucht wird, nur noch Maiwahlen übrig.

Das Kriegsschadenschlussgesetz

M. Berlin, 15. Febr. (Priv.-Tel.) Vom Reichsfinanzministerium wird entschieden bestritten, daß in der Frage des Liquidationsschadengesetzes eine Zwischenschaltung in Frage komme. Es handle sich nur um ein Schlussgesetz.

Frankreich und der Acht-Stundentag

M. Berlin, 15. Febr. (Priv.-Tel.) In der französischen Kammer fand — wie aus Paris gemeldet wird — gestern am Schluß der Sitzung eine Aussprache über eine Interpellation Léon Blum wegen des Arbeitstages in Genf und des Washingtoner Abkommens statt. Die Regierung erklärte, daß ihre Instruktionen einwandfrei seien. Sie stehe nicht auf dem englischen Standpunkt der Durchbrechung des Acht-Stundentages. Ihrem Wunsch, daß die Interpellation zurückgezogen würde, wurde darauf entsprochen.

Die Arbeitslosigkeit in Amerika

M. Berlin, 15. Febr. (Priv.-Tel.) Die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten ist — wie aus New York gemeldet wird — nach den letzten Statistiken gewaltig gestiegen, und zwar ist sie höher als je seit 1916. Im ganzen werden 4 Millionen Arbeitslose gezählt. In der Gegend von Boston machen sie allein ein Viertel der Arbeiterschaft aus.

Titulescu und Stresemann

M. Berlin, 15. Febr. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, trifft Titulescu morgen in San Remo ein, wo er eine Unterredung mit Stresemann haben wird.

Pfändung von Lohn und Gehalt

B.D.Z. Berlin, 15. Febr. (Tel.) Im Reichstag ist eine Vorlage Aufhäuser (S.), die auch von den Regierungsparteien unterstützt wird, zur Änderung über die Pfändung von Lohn und Gehältern eingegangen. Danach soll bei Auszahlung für Monate der Bruchteilen von Monaten bis zur Summe von monatlich 195 M., bei Auszahlung für Wochen bis zur Summe von wöchentlich 45 M., bei Auszahlung für Tage bis zur Summe von täglich 7,50 M. und soweit er diese Beträge übersteigt, der Arbeits- und Dienstlohn zu einem Drittel des Mehrbetrages der Pfändung nicht unterworfen sein.

Lohnherabsetzung in der englischen Baumwollindustrie

B.D.Z. London, 15. Febr. (Tel.) Der Verband der Arbeitgeber der Baumwollspinnerei-Industrie hat gestern in einer Versammlung in Manchester beschlossen, unverzüglich den Angestellten, die mit der Verarbeitung amerikanischer Baumwolle beschäftigt sind, mit einmonatiger Frist mitzuteilen, daß sie herabzusetzen, die Löhne um 12 1/2 % herabzusetzen und die Arbeitszeit von 48 auf 52 Stunden pro Woche zu erhöhen. Ursprünglich war geplant gewesen, die neuen Bedingungen auf die ganze Baumwollspinnerei-Industrie auszuweiten, aber hiergegen hatte sich Widerspruch erhoben.

Asquith gestorben

B.D.Z. London, 15. Febr. (Tel.) Asquith ist heute Morgen, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, gestorben.

Strafaußschuß für Miller

B.D.Z. New York, 15. Febr. (Tel.) Das Bezirksappellationsgericht hat den früheren Sekretär des Verwalters des fremden Eigentums, Miller, der im März vorigen Jahres zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und 5000 Dollar Geldstrafe verurteilt worden war, Strafaufschub gewährt. Miller betreibt die Wiederaufnahme seines Prozesses.

*Die neuen Einigungsversuche gescheitert

Man muß es dem Reichsinnenminister von Reubell und den Deutschnationalen, also der Regierungspartei, welcher er selbst angehört, lassen, daß sie alles tun, um noch in letzter Minute eine Einigung über den Reichsschulgesetzentwurf herbeizuführen. In den letzten Tagen haben bereits allerlei Verhandlungen stattgefunden. Ihr Ergebnis war nicht befriedigend. Im Gegenteil! Es hat sich gezeigt, daß die Gegensätze noch viel größer sind, als man bisher annahm. Die Deutsche Volkspartei nimmt nicht nur an dem Paragraphen 20 Anstoß, sondern hält auch noch andere Paragraphen für so bedenklich, daß sie dem Entwurf nicht zustimmen zu dürfen glaubt.

Durch all das hat sich der Reichsinnenminister aber nicht abschrecken lassen. Heute wurden neue interfraktionelle Besprechungen abgehalten. Noch einmal sollte versucht werden, die einzelnen Forderungen der Parteien gegenüberzustellen und eine Kompromißbasis für alle zu finden. Daß der Reichsminister, der in erster Linie für den Schulgesetzentwurf verantwortlich ist, eine derartige Tatkracht entwickelt, wird man durchaus verstehen können. Auch die Regierungsparteien selbst werden darüber nicht böse gewesen sein. Denn, wenn sich das große Wunder ereignet hätte, daß doch noch eine Einigung zustande gekommen wäre, würde das sicherlich von allen Parteien der Koalition begrüßt worden sein. Man wäre damit um vielerlei Schwierigkeiten herumgekommen. Vor allem wäre dann endlich ein Gesetz unter Dach und Fach gebracht worden, welches eine so harte Nuß darstellt, daß vielleicht auch noch die Zähne einer andern als der jetzigen Regierungskoalition daran zerbrechen könnten. Falls man es nicht überhaupt vorzieht, die Erledigung dieser gesetzgeberischen Arbeit bis auf weiteres zu vertagen. Ein solcher Entschluß wäre an sich sehr einfach, aber er würde das Gebot der Verfassung bewußt ignorieren. Die Verfassung verlangt nun einmal ein einheitliches Reichsschulgesetz.

Wäre der Stein des Anstoßes mit einer Einigung über den Reichsschulgesetzentwurf noch in letzter Sekunde aus dem Wege geräumt worden, so hätte der Reichstag in aller Ruhe die noch dringend notwendigen Arbeiten (Etatberatung, Liquidationsschadengesetz, Strafrechtsreform, Hilfsmassnahmen für die Landwirtschaft), erledigen können. An der Tatsache, daß die Koalition innerlich zerfallen ist, hätte eine solche Einigung ja nichts geändert. Denn die Einigung wäre ja nur möglich gewesen, wenn entweder Deutsche Volkspartei oder Zentrum ganz beträchtliche Opfer ihrer Überzeugung gebracht hätten. Solche Opfer werden aber nicht leicht verschmerzt. Hinzu kommt zum mindesten beim Zentrum die Einsicht, daß man überhaupt mit dieser Rechtskoalition nicht gut gefahren ist. Hinzu kommt eine Menge persönlicher Verärgerungen. Und hinzu kommt die Rücksicht auf die Neuwahlen, die ja aller Wahrscheinlichkeit nach eine etwas anders geartete Zusammensetzung des Reichstages mit sich bringen werden.

Nun, alle Anstrengungen des Reichsinnenministers und der Deutschnationalen waren vergebens: Die Besprechungen heute vormittag haben mit einem vollkommenen Fiasko geendet. Damit hat das Gesetz endgültig gescheitert. Damit hatte auch ganz offenbar die Zentrumsfraktion des Reichstages gerechnet, die gestern eine längere Sitzung abhielt. In dem Bericht über diese Sitzung heißt es, die Beurteilung der Gesamtlage sei in der Fraktion nach wie vor skeptisch, was den Erfolg der Einigungsverhandlungen angehe. Und dann heißt es: „Sollte eine Einigung nicht zu erreichen sein, dann würde die Koalition als gelöst anzusehen sein; in diesem Falle wären baldige Neuwahlen die notwendige Folge.“ Der Nachdruck liegt hier sicherlich auf dem Wort „baldige“. Würde das Zentrum die Auflösung der Koalition, von welcher in dem Bericht gesprochen wird, so auffassen, daß nach der Feststellung des Scheiterns aller Einigungsverhandlungen die Koalition faktisch sofort auseinandergeht, dann würde wohl in dem Bericht statt von „baldigen“ von „sofortigen“ Neuwahlen gesprochen werden. Allem Anschein nach wird sich das Zentrum dem Wunsch, den Etat und einige andere auf den Nägeln brennende Arbeiten noch durch diesen Reichstag erledigen zu lassen, nicht entziehen. Recht wertvoll ist es

Mit der Beilage: 15. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

übrigens, daß die Sozialdemokratie sich auch ihrerseits bereit erklärt hat, an der Erledigung des Etats mitzuarbeiten.

Das neue hessische Ministerium

Der hessische Landtag hielt am Dienstag nach der Wahl des Bürgermeisters Adelnung, Mainz, zum Staatspräsidenten die Gesamtregierung in folgender Zusammensetzung gut: Adelnung (Sozialdemokrat) Staatspräsident und Minister für Kultur und Bildungswesen; Kirberger (Zentrum) Finanz- und Justizminister und stellvertretender Staatspräsident; Leuschner (Soz.) Innenminister; Krell (Dem.) Minister für Arbeit und Wirtschaft. Die Volkspartei enthielt sich der Stimme, so daß die Wahl lediglich mit den Stimmen der Regierungsparteien der Weimarer Koalition erfolgte.

Die Regierung gab durch den Staatspräsidenten eine längere Regierungserklärung als vorläufiges Programm ab. In ihr wird zunächst den bisherigen Ministern, namentlich dem erkrankten Finanzminister Denrich der Dank des Volkes ausgesprochen. Vor allen Dingen werde es das lebhafteste Bemühen der Regierung sein, den besonderen Nöten der besetzten Landes- teile Rechnung zu tragen. Das gesamte Deutschland muß dem Hessenland seine durch die fremde Besetzung bedingten Sonderlasten tragen helfen. Die bekannten schwebenden finanziellen Verhandlungen Hessens mit dem Reich werden mit Energie weitergeführt werden. Die Neuordnung der staatlichen Verhältnisse in Deutschland, insbesondere das Verhältnis der Länder zum Reich wird Gegenstand eingehender Erwägungen sein, wobei besonders die Frage im Vordergrund stehen muß, daß die wichtigen wirtschaftlichen und kulturellen Belange der Bevölkerung des Landes gebührend berücksichtigt bleiben. Die in Vorbereitung befindliche Verwaltungsreform soll beschleunigt durchgeführt werden. Eine auf der Reichsgrundlage aufgebaute Besoldungsordnung ist in Vorbereitung. Auch weiterhin wird das Schulgesetz vom Jahre 1921 — unbeschadet einer etwaigen reichsgesetzlichen Regelung — die Grundlage für die Schulpolitik zu bilden haben. Die Maßnahmen der Regierung hängen aber wesentlich von der kommenden Reichsgesetzgebung, insbesondere dem Steuerverein- heiligungsgesetz ab. Die Regierung ist bestrebt, die Steuer- belastung auf keinen Fall zu erhöhen, sondern sie im Rahmen des finanziell Möglichen erträglicher zu gestalten.

Parlamentarischer Abend beim Reichspräsidenten. Der Reichspräsident hatte am Dienstag in Berlin zu einem parlamentarischen Bierabend geladen. Es waren u. a. erschienen: die in Berlin anwesenden Reichsminister, das Präsidium, und etwa 200 Abgeordnete des Reichstages, die Gesandten und Vertreter der deutschen Länder, die preussischen Provinzialbevollmächtigten zum Reichsrat, ehemalige Reichs- und Staatsminister, sowie zahlreiche Vertreter der deutschen Presse.

Der Nachtragset. Das Reichskabinett hat sich in seinen Sitzungen am Montag und Dienstag mit dem Nachtragset befaßt, der Ausgaben in Höhe von rund 700 Millionen vorsieht. Der Betrag ist, wie der Reichsfinanzminister bereits mitgeteilt hat, in voller Höhe gedeckt. Der Nachtragset bezieht sich auf die Beamtenbesoldungsreform, die Opferrenten- hilfe, die landwirtschaftlichen Notstandsmaßnahmen und eine Reihe anderer Ausgaben. Er soll so schnell wie möglich dem Reichsrat zugeleitet und dann dem Reichstag zur Verabschie- dung unterbreitet werden.

Gebietsaustausch zwischen Sachsen und Thüringen. Der sächsische Landtag hat einen Gesetzentwurf über den Gebiets- austausch mit dem Lande Thüringen nach kurzer Aussprache in Schlussberatung unter Stimmenthaltung der Kommunisten angenommen. Desgleichen fand ein Antrag, die Regierung zu ersuchen, durch Verhandlungen mit dem Freistaat Thüringen auf eine befriedigende Regelung der finanziellen Verhältnisse der bisher sächsischen Gemeinden während der Übergangszeit hinzuwirken, gleichfalls einstimmige Annahme.

Aufhebung des Oberamtsamts in Württemberg. Mit dem Inkrafttreten der neuen württembergischen Besoldungs- ordnung wird der Titel „Oberamtmann“ fallen gelassen und dafür der Titel „Landrat“ eingeführt. Diese Änderung wurde erforderlich, nachdem im Reich der Amtmann-Titel beim mitt- leren Dienst eingeführt ist.

Die Rheinlandschmission gegen die Frankfurter Eingemeindung. Das „R. L.“ meldet aus Wiesbaden: Gegen die Eingemeindungspläne der Stadt Frankfurt a. M. ist von der Rheinlandschmission Einspruch erhoben worden.

Berliner Theaterbrief

Von Hanns Martin Kistner

Erwin Piscator geht seinen Weg. Es ist freilich kein Weg, der in höherem, nämlich künstlerischen Sinne aufwärts führt. Sondern ein Weg, der jetzt bereits an der Wegebahn ange- langt ist: entweder ins Nichts oder in die Kunst. Ich glaube, Piscator wählt den Weg ins Nichts: weil er Kunst in seinen drei bisherigen Inszenierungen nur unwillkürlich, wider Wil- len zuließ; Kunst wuchs aus seinen Gestalten bisweilen empor, weil sie plötzlich Eigenleben waren, und das Menschen- tum darboten. Wie z. B. in der Dramatisierung des tschechischen Kriegsromans von Jaroslav Hasek, der in Suff und Bohème zugrunde ging, durch die feberfinkeln Max Brod und Hans Neumann in „den Abenteuerern des braven Soldaten Schwejt“. Man kennt den Roman: er schildert, mit dichterischem Vermögen den absoluten Idioten Schwejt als Kriegssoldaten wider Willen, dessen Dummheit zur gerissen- sten Verhöhnung des Militarismus und zum klügsten Egois- mus durch Überschlagung wird. Auch die grob eine Szenen- folge aus dem Roman herauszunehmende Bearbeitung, die zum großen Teil Haseks Text wörtlich verwendet, kann die dichterische Gestalt des braven Soldaten und seiner Umwelt des zerfallenden Osterreichs nicht zerstören. Bemächtigt sich ihrer ein wessensnaher Schauspieler, so packt sie mit voller Lebens- kraft aus ihrer Natur und Ironie heraus. Hier hatte Max Falkenberg wieder eine Gestalt, wie für ihn geschaffen, eine Gestalt, wie in der „Familie Schimel“. Da er in keiner Szene von der Bühne verschwindet, kann er sich ganz aus- geben, unüberdachten, gerissenen Idioten, dem das Militär und der Krieg „a Dek“ sind, in seinem vollen Genuß ent- hüllen. Und so hart wirkt das Menschentum, der Humor der Gestalt, daß alle Tendenz entwischt. Klüglich ist aller Kom- munismus des Herrn Piscator ins Nichts verdammt: das Rein-Menschliche, das reine Wesen triumphiert über die Partei. Und so trumpschaft Piscator sich auch Mühe gibt, die kommunistische Tendenz, das Prinzip des unentwegten Milita- rismus durch verbindende Filmzeichnungen nach George Grosz, die in Tridmanier vor dem Auge des Zuschauers ent- stehen, und durch einige groteske Übertreibungen der Regie zu retten — alles ist vergebens. Man lacht frei heraus über Schwejt und ist schließlich dem Militär, dem Krieg noch dank-

Deutscher Reichstag

BRB. Berlin, 14. Febr.

An Stelle des verstorbenen Abg. Raschig (Dem.) wird der Abg. Schulz-Egglitz in den Verwaltungsrat der Reichspost gewählt.

Darauf wird die zweite Beratung des

Inhalts des Reichsarbeitsministeriums

beim Kapitel „Arbeitsvertragsrecht“, Schlichtung, Lohnpolitik usw. fortgesetzt.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) ist der Meinung, daß die Ar- beitnehmer weniger Anlaß haben, mit der Schlichtungspraxis zufrieden zu sein, als die Arbeitgeber. Namentlich in den Angestelltenverhältnissen komme die schlechte Arbeitsmarke zum Ausdruck. Der Redner bedauert, daß zahlreiche Arbeitgeber- verbände gewollt tarifunfähig sind und daß die Schlichter nicht wagen, gegen solche Verbände Schiedsprüche zu fällen. Un- erhört sei der Widerstand des Arbeitsministeriums gegen Fest- setzung von Überstundenbezahlung an Angestellte. Wie not- wendig das Schlichtungsverfahren sei, beweise die mitteldeutsche Metallarbeiterausperrung. Die Sympathie des deutschen Vol- kes werde auf Seiten der Ausgesperrten sein.

Abg. Gerig (Ztr.): Die Arbeitsgerichte haben sich bewährt. Aber die Landesbehörden nähmen bei der Durchführung des neuen Gesetzes nicht genügend Rücksicht auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse. So seien noch nicht überall da, wo es notwendig sei, Kaufmannsgerichte eingesetzt worden.

Abg. Federt (Komm.) beantragt Streichung der Mittel für das Schlichtungsverfahren, mit dessen Hilfe die Sozialdemokratie jeden Wirtschaftskampf der Arbeiter erdroffeln.

Abg. Leopold (Dn.) erkennt an, daß nach dem Kriege Schiedsprüche nötig gewesen seien, daß sie auch heute für größere Kämpfe nötig sein könnten. Erforderlich sei aber vor- allem ein Systemwechsel: Arbeits- und Wirtschaftsministerium müßten einheitliche Wirtschaftspolitik machen. Vor Schieds- sprüchen müsse ein Gutachten des Wirtschaftsministeriums eingeholt werden. Für landwirtschaftliche Arbeitsverhältnisse sei ein Zusammengehen zwischen Arbeits- und Ernährungs- ministerium notwendig.

Beim Kapitel „Arbeitschutz“ verlangt Abg. Graßmann (Soz.): Der deutsche Beamtenstand im internationalen Ar- beitsamt in Genf müsse verstärkt werden. Frankreich habe 92, Deutschland nur 16 Vertreter (Görli, Hörtl). Auch müsse Deutsch als amtliche Sprache zugelassen werden.

Abg. Lambach (Dn.) beantragt, nur eine große Sozialwahl stattfinden zu lassen, die dann das Kräfteverhältnis zeige. Auch müsse entschieden werden, welche Verbände als Gewerks- schaften anzuerkennen seien. Die beste Lösung wäre wohl die, die Arbeitnehmer selbst durch Wahlen darüber entscheiden zu lassen, welche Verbände ihr Vertrauen besitzen. Der Redner beantragt, die Arbeitsrichter unter Aufsicht des Reichswahl- leiters wählen zu lassen. Diese Wahlen könnten dann als Probewahlen für die Zusammensetzung der übrigen sozialen Körperschaften gelten.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

Einheitswahlen würden zu stark von politischen Einflüssen beherrscht werden, die doch bei diesen Wahlen weniger hervor- treten sollten als gewerkschaftliche. Der Antrag Diel wünscht, die der Antrag Lambach soziale Hauptwahlen, die für die Zusammensetzung der verschiedenen Körperschaften ausschlag- gebend sein sollen. Eine solche Wahl bringt aber immer noch keine Entscheidung über die Frage, welche Gruppen nun eigentlich wahlberechtigt sein sollen. Sollen es nur die bis- herigen Spitzenverbände sein (Abg. Lambach (Dn.): Nein). Dann kommen alle möglichen kleinen Fachverbände (Gebr. wahr! bei den Sozialdemokraten), auch solche, die gar nicht in Frage kommen, wie etwa die Kriegsbeschädigtenverbände. Die Begriffsbestimmung der Gewerkschaft gehört in ein Ver- waltungsregister oder in ein Tarifgesetz. Wir kommen auch nicht weiter, wenn Sie das Ministerium mit einer neuen Denkschrift belasten.

Abg. Dr. Waldbauer (D. Vp.): Bei dem Druck der Re- parationslasten und der Unsicherheit der wirtschaftlichen Zu- kunft müsse Deutschland seine Gesetzgebung seinen besonderen Verhältnissen anpassen. Im beschränkten Umfang sollte das Recht auf freiwillige Mehrarbeit wieder eingeführt werden.

Frau Abg. Bohm-Schuch (S.) begründet einen Antrag auf Erhöhung der Wädnerinnenunterstützung, eine Entschädigung zum Schutze der Kinder in der Landwirtschaft, eine Entschä- digung zum Schutze der gewerblichen Jugend. Ferner verlangt die Rednerin Vereinheitlichung der Arbeiterschutzgesetzgebung und der Gewerbeaufsicht.

Abg. Kübel (Komm.) hält das Washingtoner Arbeitszeitab- kommen für wertlos, da es selbst Durchbrechungen des Acht- stundentages zulasse.

Abg. Rebold (B. St.) billigt den Gesetzentwurf zur Aus- bildung der Jugend nur in der Grundidee. Leider werfe dieser Entwurf Industrie und Kleingewerbe in einen Topf. Der Handwerker könne nicht jedem Lehrling drei Wochen Urlaub geben.

Abg. Imbusch (Z.) verteidigt die schematische Festsetzung des Achtstundentages im Arbeitszeitgesetz, ist aber mit einer Prüfung von Ausnahmen, besonders für das Kleingewerbe, einverstanden. Freiwillige internationale Abmachungen der Unternehmer zur Herabsetzung der Arbeitszeit hält der Red- ner für unmöglich, auch könnten die Arbeiter nicht auf ihre eigene Mitwirkung verzichten. Man könne die Arbeitszeit nur gesetzlich regeln, namentlich im Bergbau. Wenn die Jugend erst einmal freie Zeit bekomme, werde sie auch lernen, sie richtig auszunutzen. Unter Tage seien acht Stunden Arbeit noch zu viel.

Abg. Odenbier (Komm.) fordert Anerkennung des Koalitions- rechts der Landarbeiter.

Abg. Karsten (S.) bringt namentlich aus Bayern Klagen der Arbeitsinvaliden über unzulängliche soziale Fürsorge vor. Mehr als 5 Proz. der Invaliden hätten einschließlich der Rente nicht mehr als 20 M. Monatseinkommen.

Um 19¼ Uhr verläßt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 14 Uhr.

Der Konflikt in der Metallindustrie

Der Reichsarbeitsminister hat sich — wie jetzt aus Berlin gemeldet wird — mit Rücksicht auf die drohende Ausdehnung des Kampfes entschlossen, von Amts wegen ein neues Schlicht- verfahren einzuleiten. Die Verhandlungen finden vor- ausichtlich am Freitag, den 17. Februar, im Reichsarbeits- ministerium statt.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hatte am Dienstag seine Gaudierungen zu einer Sitzung nach Stuttgart einbe- rufen, um zum Beschluß des Gesamtverbandes deutscher Me- tallindustrieller betreffend die Aussperrung in der gesamten Metallindustrie Stellung zu nehmen. Die Verhandlungen nahmen den ganzen Tag in Anspruch. Wie die Verjam- lungslitung mitteilt, lagen bis abends noch keine endgültigen Beschlüsse vor. Die Debatte ging daher heute, Mittwoch, früh weiter.

Unstimmigkeiten innerhalb der sächsischen Regierung

In Sachsen ist eine kleine Regierungskrise ausgebrochen, die ihre Ursache in Differenzen zwischen der Aufwertungs- und der Wirtschaftspartei hat. Die Aufwertungs- und die Wirtschaftspartei hat mit der Zurückziehung ihres Ministers, des Justizministers Dr. v. Bumetti, gedroht, falls die Föderationsverordnung über die Zwangswirtschaft für gewerbliche Räume nicht gemil- dert bzw. für den Kamener Bezirk nicht ganz aufgehoben wird. Die Wirtschaftspartei ihrerseits fordert, angesichts der Tatsache, daß Sachsen den niedrigsten Hausbesitzeranteil an der Rente hat, die Heraushebung dieses Anteils um 4½ Proz. Man hofft, die zur Zeit noch bestehenden Differenzen in der Auffassung im Laufe dieser Woche beilegen zu können, an- derenfalls würde mit einer ersten Regierungskrise zu rech- nen sein.

Kurze Nachrichten

Der Reichspräsident empfing heute Mittwoch den deutschen Untergeneralsekretär beim Völkerbund, Gefandten Dufour- Geronce.

Sozialdemokratie für Getreidemonopol. Die sozialdemo- kratische Reichstagsfraktion hat eine Entschließung zum Reichsetat eingebracht, in der sie Schaffung eines Reichsmon- opols für die Ein- und Ausfuhr von Getreide und Mühlen- produkten fordert.

Das radikale Kabinett in Norwegen hat folgende Zusam- mensetzung: Ministerpräsident und Außenminister Mowinkel, Innenminister Høland, Justiz Emsjet, Landwirtschafts- minister, öffentliche Arbeiten Njelbe, Finanzen Lund, Lan- desverteidigung Anderfen, Handel Ostedal.

Der Etat für die amerikanische Prohibitionsbehörde. Das amerikanische Repräsentantenhaus hat den für die Prohibi- tionsbehörde angelegte Etat von 12 Millionen 700 000 Dollars angenommen und eine Summe von über 28 Millionen Dol- lars für den Küstenwachdienst zur Bekämpfung des Alkohol- schmuggels bewilligt.

bar, daß sie einem solchen geriebenen Gollüdi, wie dem Schwejt, die Gelegenheit, sich voll zu produzieren, beschaffen. Von Piscators Arbeit bleibt nur der geist- und seelenlose Eindruck, daß er neue technische Mittel anwendet, um dem epischen Stil des Schwejts, das nirgends ein Drama ist, sondern einfach die Szenenfolge eines erzählten Lebenslaufes ohne Kathexis noch Gipfelung, ohne Schicksalinn noch An- dung, sondern nur Ausschnitt, Episode, anschaulich, bühnen- erträglich zu machen. Für dies Ziel lehrt er das Stationäre des Bühnentraums und der Kulisse um: er schaltet laufende Wänder in den Bühnenboden und vermittelt den fahrenden Eisenbahnzug, indem er am stehenden, aber vom fahrgew- gen umhüllten Eisenbahnwagen Telegraphenstangen, Bäume Häuser vorbeistehen läßt oder Schneefallenberg auf dem fortströmenden Boden mit vorbeileitenden Tannen usw. immerfort marschieren läßt. Das Ganze also ein optisch- technischer Trick, in seiner Art brauchbar, um Bewegung in den Bühnentraum zu transportieren, aber eben doch nur ein Trick und keine künstlerische Tat. Die andern Tricks, die in der Verbindung zum Film, zur Musik und Nebenächlichem stecken, fanden kaum noch Beachtung. Denn was die Men- schen nun einmal im Theater suchen, ist die seelische Erschüt- terung, Erhebung, Läuterung durch die Kraft des Dichters. Solange Piscator sich mit ihr nicht verbündet, wird er den Weg ins Nichts gehen. Das sehen heute bereits auch ein- gut Teil seiner Anhänger. Denn auch die Stoffwahl Pis- cators — Lebensdigerhaltung der Erinnerung an die Schreden des Krieges — verbräut sich schnell, wenn das Dichterische, das Seelische fehlt.

Ohne den Dichter geht es weder beim „alten“ noch „neuen“ Theater. Diese Überzeugung wird sich diesen Winter wie- der voll durchsetzen. Hoffentlich auch bei der großdeutschen Theatergemeinschaft, die uns jetzt im Wallertheater „den saturnischen Liebhaber“ des Hamburger Robert Walter ver- mittelt, ohne voll überzeugen zu können. Thema ist Münch- hausens letztes Abenteuer: die Heirat des Geistes mit einem jungen Frauenzimmer, das ihm um die Hochzeitsnacht mit ihrem Geliebten, der der Vater ihres Kindes wird, betrügt. Die Idee also: eine Tragikomödie um Münchhausen — oder der genasführte Engländer. Nur in der Gestaltung Münch- hausens als eines phantastisch-genialen Träumers, eines märchenhaften Peer Gynt, eines Idealträumers zeigt Walter sein romantisches Dichtertum, das leider mit der Handlung,

mit den Gegenfiguren ins Meer verfließt. Auch Werner Kurz's gutes Spiel und Kurt Recks straffe Ensemblelegie konnte das Gefühl der inneren Leere des Gesamtstückes nicht bannen. Hätte Walter für seine edle Münchhausengestalt eine ebenso innerlich edle Handlung gefunden, wir wären um eine bleibende Tragikomödie reicher.

Noch schwächer wirkte neben Walter diesmal Wolfgang Goeck mit seinem ganz verfehlten Jreuzfuß „Robert Emmet“, das kurz nach der Stuttgarter Krausführung vom Deutschen Theater herausgebracht wurde und trotz ehrliehen Bemühens von Regie und Mitwirkenden nicht vor dem Fiuch der Lächer- lichkeit zu retten war. Ein mizgäulider Fiuch ist auf der Bühne nur erträglich, wenn sich wirkliche Tragik oder wirk- liche Komik daraus entwickelt; nichts dergleichen ist hier er- reicht, sondern der Held ist in seiner flachen Theoretik und in seiner Schlappheit gegenüber seiner Geliebten einfach ein alberner Bengel. Wolfgang Goeck hätte dies Stück nie ins Bühnenlicht bringen sollen.

Da muß man wirklich sagen, daß es gegenüber solchen Werken schon besser ist, zu Gerhart Hauptmanns abgespieltesten Stücken zurückzukehren, wie Jekner es im staatlichen Schau- spielhaus mit einer mehr braven, als starken, im einzelnen trefflicheren Inszenierung der heute freilich recht schematisch berührenden „Weber“ getan hat. Man stellt heute fest: „die Weber“ sind ein formal wie inhaltlich historisch anmutendes Stück geworden und paden nur noch in zwei oder drei Szenen. Man stelle ruhig einmal Shakespeares „Ende gut, alles gut“ im Schiller-Theater (in Hoffmann-Harnisch's reiz- voller Regie) daneben: dann habt ihr den Maßstab, um euch vor der heute beliebten Überhöhung Gerhart Hauptmanns zu schützen....

Ansonsten triumphierte wieder Frankreichs Dramatik. Während es den Deutschen bisher unmöglich gemacht wurde, ihre Schauspielkunst in Paris (wo der aufstretende Moiffals Trübschloßal bezeichnet wurde) zu zeigen, haben Preise, die auf Gegenseitigkeit des Austauschens um der Selbstachtung willen keinen Wert legen, dafür gefordert, daß das Pariser Gymnase-Theater uns im Renaissance-theater, von Eugen Robert eingeladen, Henry Bernsteins Schauspiel „Le Venin“ zeige. Das Stück — ein alter Schmarren, der nach den Re- zepien von Sardou und Dumas einen Mann auf Liebes- abwegen schildert, in flacher Konversationsmanier; das Spiel nicht mehr so konventionell wie früher, sondern wärmer,

Badischer Teil

Aufnahmeprüfung für Handarbeitslehrerinnen

Am 26. März 1928 und an den folgenden Tagen findet am Handarbeitslehrerinnenseminar in Karlsruhe die Aufnahmeprüfung für den dreijährigen Lehrgang zur Ausbildung von Handarbeitslehrerinnen statt. Es wird jedoch schon jetzt darauf hingewiesen, daß mit Rücksicht auf die große Anzahl geprüfter Handarbeitslehrerinnen aus den letzten Prüfungsjahren, die zur Zeit auf Verwendung warten, nur eine beschränkte Zahl von Schülerinnen aufgenommen werden kann.

Die Anmeldungen zur Aufnahmeprüfung sind mit den verlangten Zeugnissen und sonstigen Nachweisen bis spätestens 1. März 1928 bei der Leitung des Handarbeitslehrerinnenseminars in Karlsruhe, Ruppurrerstraße 29, einzureichen. Über die Zulassung zur Aufnahmeprüfung entscheidet das Unterrichtsministerium.

Industrietagung in Stuttgart

Im großen Stadtparksaal zu Stuttgart trat am Dienstag vormittag unter dem Vorsitz des Generaldirektors Dr. Ing. h. c. Debach, Geislingen, die Metall- und Blechverarbeitende Industrie Württembergs und Badens zusammen, um zu einer Reihe von wichtigen Tagesfragen Stellung zu nehmen.

Direktor Dr. Debach begrüßte die Versammlung, an der auch der württembergische Innenminister Dr. Holz und Staatsrat Nau vom württembergischen Wirtschaftsministerium teilnahmen, und wies darauf hin, daß die Tagung keine Festtagung, sondern durch die Not der Metallwarenindustrie veranlaßt worden sei. Als eine solche bezeichnete er besonders die Borgwirtschaft der letzten Jahre und verlangte, daß es der Wirtschaft wieder ermöglicht werde, das notwendige Betriebskapital aus eigener Kraft anzufassen. Der Redner warnte zum Schluß ausdrücklich vor der vielfach in der Öffentlichkeit namentlich bei der Arbeiterschaft festzustellenden Verwechslung der Begriffe: Mengen- und Gewinnkonjunktur, und verlangte dringlichst von den Regierungen und Behörden eine Senkung der Steuern und sonstigen öffentlichen Lasten; sowie Schonung der Metallwarenindustrie mit produktionshemmenden Gesetzeseingriffen.

Staatsrat Nau gab als Vertreter der württembergischen Regierung der Versammlung die Versicherung, daß die Regierung zum Wohle der Metall verarbeitenden Industrie helfend eingreifen werde, und forderte harmonische Zusammenarbeit von Regierung und Behörden.

Godann ergriff Reichstagsabgeordneter, Oberbürgermeister Dr. Wolf, Duisburg, das Wort zu einem Referat über „Das Notprogramm der deutschen Wirtschaft“. Er warnte vor einer Notprogrammpolitik und flüchtige als bisherige Entwicklungsstadien der deutschen Wirtschaft vier Kurven: Die Reparationslasten, das landwirtschaftliche Problem, Entwicklung der Auslandsanleihen und die Inanspruchnahme wirtschaftlicher Werte durch die öffentliche Hand. Führen wir diese Linie in dieser Entwicklung fort, wie sie augenblicklich tendiert, so führt der Redner weiter aus, dann muß diese Entwicklung zu einem Ende führen, das den zunehmenden Verlust des Volkvermögens, Verlust unserer Währung und damit schwerste Erschütterung der Nation und schließlich Untergang des Staates bedeutet. Das zu verhindern, gibt es nur eine einzige durchgreifende Maßnahme: Herabsetzung der nicht unbedingt notwendigen und unmittelbar die Produktion hemmenden Ausgaben.

Nach diesem etwa zweistündigen Referat ergriff Geh. Regierungsrat Dr. jur. Manke, Berlin, das Wort, um über die Bilanz der Handelsverträge auf dem Gebiete der Metallwarenindustrie zu sprechen. Der deutsch-französische Handelsvertrag habe der Metall- und Blech verarbeitenden Industrie nur wenig Vorteil gebracht. Die Auslegung, welche die französische Regierung bisher den Vertragsbestimmungen gegeben habe, sowie die bevorstehende neue französische Zolltarifnovelle seien zudem geeignet, auch die wenigen Vorteile abzuschneiden. Von umso größerer Bedeutung für die Industrie seien die Verträge mit den östlichen und südöstlichen Staaten Europas, insbesondere mit Polen und der Tschechoslowakei. Die Industrie müsse daher von der Regierung erwarten, daß diesen Staaten gegenüber möglichst bald die hauptsächlichsten, auf landwirtschaftlichem Gebiet liegenden Vorbedingungen zum Abschluß der Verträge geschaffen werden. Mit einem Referat Dr. Brunnauers, Berlin, des Vorsitzenden der Geschäftsführung des Reichsbundes der deutschen Metallindustrie, über die Kartellierung und Rohstoffpolitik der deutschen Metallwarenindustrie schloß die Vormittagssitzung.

Nachmittags 4 Uhr fand ein Lichtbildvortrag über die Metallindustrie in Amerika statt.

Ergebnislose Bürgermeisterwahl. Bei der am Samstag im Sodenheim stattgefundenen Bürgermeisterwahl konnte keiner der fünf Kandidaten eine Stimmenmehrheit auf sich vereinen. Somit ist ein zweiter Wahlgang erforderlich.

natürlicher, eingemäßigter Realismus, der im Dämonischen allerdings versagt. Den Weisfall erhält das Gastspiel von einem vorzugsweise aus in Berlin lebenden Franzosen bestehenden Parlett...

Auch das zweite französische Stück, das Schauspiel „Marcel Fradelin“ von Duvernois und Strabau, dem Bruno Franck überausfertigerweise keine Übersetzungskünste geliehen hat, wirkt in der Komödie schal neben unserer deutschen, der Tollerischen Gestaltung des gleichen Hinkemann-Notiz. Hier ist es ein geborener Sinnenmann, der, als Industrieller erfolgreich den Kampf mit der Welt, vor der er kein Sinnenmann sein will, aufnimmt, heiratet und auch, durch seinen Bruder, Vater wird. Alles löst sich in Diskussionsstimmungen auf; nirgends wächst Tragik. Seele, Dämonie — hier herrscht eben das oberflächliche Spiel mit den qualvollsten Schicksalsmöglichkeiten. Man eilet sich vor solcher inneren Unwahrscheinlichkeit und vor solcher Intellekt...

Daneben ist des Engländer's Intellekt schon gründlicher. Naughtan fragt (in den Kammerpielen): „Finden Sie, daß Constance sich richtig verhält?“ Constance wählt nämlich bei der Eheintrene ihres Mannes weder das Rezept der Eiferjucht noch der Ehescheidung, sondern macht sich materiell von ihrem Manne unabhängig und nimmt sich ihrerseits einen Geliebten, schaltet also ihren Mann aus, ohne ihn frei zu geben. Wenig angenehme Rolle für den Mann, der von seiner Geliebten auch bald verlassen wird und nun einjam der genasführte Betrüger ist. Leopoldine Konstantin war das richtige Temperament für die energische Frau Constance, die meine Sympathie aber nicht erwarb, weil ich nun mal ein Mann bin. Ich finde, Constance hat sich nicht richtig verhalten...

Prof. Sellpach nach Paris einbezogen. Die philosophische Fakultät (humanistische Fakultät) der Universität Würzburg hat an Prof. Dr. Sellpach die Einladung ergeben lassen, an der Universität Würzburg im März einen Gastvortrag aus dem Gebiet der Sozial- oder Völkerpsychologie zu halten. Sellpach wird über „Elementaranalyse der öffentlichen Meinung“ sprechen.

Die Wetterlage im Schwarzwald

Das schönartige Wetter der letzten Tage hat auf dem Hochschwarzwald größtenteils den Schnee zum Schmelzen gebracht, so daß die Bergwasser gegenwärtig einen hohen Wasserstand haben, der durch die nie abgehenden Regenfälle noch vermehrt wird. Auch die Wiese hat bereits einen hohen Wasserstand erreicht; Hochwassererfahrung bezieht zur Zeit jedoch noch nicht. Bei Strass notierte der Pegel 2,04 Meter. Sollte jedoch das jetzige Regenwetter noch einige Tage anhalten, dann ist allerdings Schlimmeres zu befürchten. Auch vom Rhein über ein starkes Steigen des Wasserpiegels gemeldet. In Waldshut ist das Wasser von gestern auf heute um knapp einen Meter gestiegen. Dienstag betrug der Pegel 2,82 Meter, Mittwoch früh 3,68 Meter. In Rehl betrug heute früh der Pegelstand 3,32 Meter, bei der Schusterinsel 2,80 Meter. Das Wasser ist noch ständig im Steigen begriffen.

Waldshut, 15. Febr. (Tel.) Infolge außerordentlich starker Luftbewegung hält die für diese Jahreszeit abnorm warme Witterung im Schwarzwald weiterhin an. Der Feldberg meldet heute früh, daß die Temperaturen weiterhin mehrere Grad über Null liegen, und daß Regen fällt. Dadurch droht die Gefahr größerer Überschwemmungen. Im Gebiet der Breisach und Breg standen gestern weite Wasserflächen unter Wasser. Bisher gestaltet sich der Abfluß der Wassermassen nach dem Oberrhein noch reibungslos; jedoch wird schon jetzt ein langsames Steigen des Bodenseewassers gemeldet.

Waldshut, 15. Febr. (Tel.) Die Regenfälle und die eingetretene Schneeschmelze haben dem Oberrhein bis heute früh so gewaltige Wassermassen zugeführt, daß der Pegelstand sich bereits annähernd um zwei Meter gehoben hat. Bei Rehl ist der Wasserstand des Rheins bis heute früh um 1,10 Meter gestiegen. Es muß, da die ungünstige Wetterlage anhält, mit einem weiteren Steigen des Wasserstandes im Oberrheingebiet gerechnet werden. Auf dem Feldberg sind im Laufe des gestrigen Tages bis 60 Liter je Quadratmeter Regenmenge niedergegangen. Die Flüsse, die aus dem Feldberggebiet nach Süden dem Oberrhein zufließen, sind zum Teil über die Ufer getreten und haben weitgehende Überschwemmungen verursacht.

Waldshut, 15. Febr. Der Rhein ist seit gestern in starkem Steigen begriffen. Die Gefahr der Überflutung der Vorländer besteht. Auch die Rinzig führt Hochwasser.

Ein bäuerlicher Versuchring für den Aher- und Bühlergau

Sonntag nachmittag wurde in Bühl unter starker Anteilnahme der bäuerlichen Bevölkerung die Gründung eines bäuerlichen Versuchsrings für den Aher- und Bühlergau vollzogen. Zum Vorsitzenden gewählt wurde Bürgermeister Kallenbach aus Gamssturt, zum zweiten Vorsitzenden Bürgermeister Meier aus Neulwiler.

Zu den Unregelmäßigkeiten beim Redar-tanalbau

Sozialdemokratische Abgeordnete haben im württembergischen Landtag eine kleine Anfrage eingebracht, daß bei Ausführung der Staustufe Ludwigs am Redar Kanal grobe Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien. Hierzu erfuhr die „Württembergische Zeitung“, daß es allerdings wahrscheinlich ist, daß zwei untergeordnete Organe der Baufirma die Fälschungen verübt haben. Da der Verdacht aber schon bei Prüfung der Abrechnungen sich verdichtete, ist für die Redar A.-G. wohl kein Schaden entstanden. Ob die in der sozialdemokratischen Anfrage angegebenen Zahlen stimmen, und inwieweit eine „Schiebung“ vorliegt, wird die Untersuchung ergeben. — Die Angelegenheit ist sofort der Staatsanwaltschaft übergeben worden, die beteiligte Baufirma hat sich dem Antrag auf Untersuchung angeschlossen.

Tagungen

Badischer Gastwirteverband. In der Zeit vom 11. bis 14. Juni findet in Donaueschingen der Verbandstag des badischen Gastwirteverbands statt, verbunden mit der Wahl des neuen Verbandspräsidenten. Außerdem wird der Verbandstag zum Schanfräntelgesch und zu sozialen Fragen des Gastwirtsverbandes Stellung nehmen.

Badischer Schwarzwaldverein. Die diesjährige Hauptversammlung des Badischen Schwarzwaldvereins findet in Haslach (Rinzigal) am 12. und 13. Mai statt.

Landesverein Bad. Heimat. Die diesjährige Hauptversammlung des Landesvereins Badische Heimat wird in Karlsruhe, und zwar am 29. und 30. September stattfinden, und durch Führungen am Montag, den 1. Oktober, abgeschlossen werden.

Gemeinde-Rundschauf

Der Karlsruher Fremdenverkehr 1927. Das Jahr 1927 brachte Karlsruhe 109 283 Fremde, 2456 mehr als im Vorjahre. Dieses Ergebnis ist vor allem auch darum befriedigend, weil die Zahl der zahlungsfähigeren Fremden, die in Hotels und besseren Gasthöfen abgetiegt sind, erheblich zugenommen hat, 9800 mehr als 1926. Auf Hotelgäste entfallen nunmehr 86,7 Proz. des gesamten Verkehrs und die Zahl der Hotelgäste übertrifft die von 1913 um 11 800! Der beste Verkehrsmonat war der Juni mit 11 540 Fremden. Hier wirkten sich der deutsche Geographentag mit seiner Ausstellung, die Deutsche Ausstellung für Wandern und Sport und weitere Tagungen aus. Von den Fremden des Jahres 1927 stammten 26 Proz. aus Baden, weitere 28 Proz. aus dem übrigen Süddeutschland. Der norddeutsche Verkehr umfaßt 38,3 Proz. Das Ausland stellte 8,7 Proz. der Fremden, davon 7,5 Proz. Europa und 1,2 Proz. Außer Europa. Der Verkehr aus der Schweiz, Österreich und Holland war besonders stark. Diese Zahlen zeigen deutlich die aufsteigende Entwicklung des Fremdenverkehrs in der badischen Landeshauptstadt.

Die Eingemeindung von Dos. Nachdem der Bürgerausschuß von Dos mit 44 : 27 Stimmen sich für die Eingemeindung zu Baden-Baden entschieden hat, wird sich nun der Bürgerausschuß von Baden-Baden am 29. Februar mit dieser außerordentlich wichtigen Frage befassen müssen. Trotz der starken Widerstände in Baden-Baden ist doch mit einer Mehrheit für die Eingemeindung zu rechnen. Der Termin für die Eingemeindung ist, falls der Bürgerausschuß dieser zustimmen wird, auf 1. April d. J. festgesetzt.

Kriegerdenkmal in Urteffen, Amt Offenburg. Zu dem von der Gemeinde ausgeführten Wettbewerb waren 65 Arbeiten (Zeichnungen und Modelle) eingelaufen. Das am 7. Z. zusammengetretene Preisgericht, dem als künstlerische Sachverständige die Professoren Freese und Vinde Karlsruhe angehörten, bestimmte für das Motto „Volkstreue“ Verfasser: Bildhauer Alfred Leubert, Karlsruhe, den I. Preis; für das Motto „Danke“, Verfasser: Gartenarchitekt Franz Maedje, Baden-Baden, den II. Preis; für das Motto „Neu und Alt“, Verfasser: Architekt Georg Boll, Offenburg, den III. Preis, und für das Motto „A. Z. 170“, Verfasser: Gartenarchitekt Franz Maedje, Baden-Baden, den IV. Preis, der auf Antrag der beiden Sachverständigen von der Gemeinde in Ansehung der zahlreichen Beteiligung als weiterer Preis noch bewilligt worden war.

Der Bürgerausschuß Badenweiler beschäftigte sich mit dem Voranschlag für das Rechnungsjahr 1927/28, und genehmigte die Steuererträge von 75 000 Pf für das Grundvermögen, 30 000 Pf für das Betriebsvermögen und 5,62 M für den Gemeindefortschritt. Die Kurlagen der Saison 1928 sollen mit 50 bzw. 30 Pf, wie im Vorjahre beibehalten werden. Für die Erneuerung der Kläranlage wurde ein Betrag von 8050 M bewilligt. Es wurde noch zur Kenntnis gebracht, daß der badische Staat die Genehmigung zur Aufstellung eines Denkmalens für den Schöpfer des Kurparks, den verstorbenen Gartendirektor Krautinger, gegeben habe. In der sich anschließenden Aussprache wurde noch die Frage einer Verbesserung der Zufahrtstraßen sowie die baldmöglichste Einführung des automatischen Betriebes erwogen.

Die Badler Landstraße in Freiburg. Im Zusammenhang mit den Umbauarbeiten im Gelände des Freiburger Bahnhofes ist der schienengleiche Übergang auf der Badler Landstraße zwischen Freiburg und St. Georgen gleich am Ausgang der Stadt nunmehr beseitigt worden. Man hat unter Beseitigung der Kurve, die die alte Landstraße an dieser Stelle machte, die Fahrbahn tiefer gelegt, und zwar in Länge von etwa 800 m, so daß jetzt das lästige Warten an geschlossenen Schranken auf dieser verkehrsreichen Strecke in Fortfall kommt. Die Bauzeit war etwa fünfviertel Jahre, da sehr umfangreiche Erdbewegungen vorgenommen werden mußte. Es handelt sich eigentlich um zwei Unterführungen, von denen die eine später von der noch zu verlegenden Linienführung der Höllentalbahn überquert werden wird. Für den Fahrverkehr ist die neue Straße bereits freigegeben.

Sparkasse Freiburg. Die reinen Spareinlagen bei der Sparkasse Freiburg betragen am 1. Februar 12 578 000 M. Der Zuwachs im Januar belief sich auf 200 000 M; der Zugang an neuen Sparbüchern stellte sich auf 1092. Das vorläufige Ergebnis der 22prozentigen Aufwertung der Spareinlagen ergibt für die Einleger ein Gesamtergebnis von 7 636 000 M, das den einzelnen Aufwertungskonten gutgeschrieben ist. Für das Jahr 1927 wird an Einlagen hierzu 217 000 M an Zins vergütet. Bis jetzt sind von den 60 000 Aufwertungsparbüchern rund 15 000 zur Verteilung des Aufwertungsbeitrages vorgelegt worden.

Kadolfzell baut ein Strandbad. Der Bürgerausschuß der Stadt Kadolfzell hat beschlossen, am Bodensee ein neues Strandbad zu errichten. Vom Stadtbaumeister wurden die Pläne bereits ausgearbeitet. Nach Fertigstellung des Projektes dürfte das neue Strandbad, für das auch ein Restaurationsbetrieb vorgesehen ist, zu den schönsten Badeanstalten des Bodensees zählen.

Hygiene in Todtmoos. Die Gemeinde Todtmoos hat durch eine ortspolizeiliche Vorschrift im ganzen Bereich der Todtmooser Gemarkung das Ausputzen auf allen Straßen, Wegen, in Bächen und in den Schneehaufen verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafen bis 150 M oder 14 Tage Haft bestraft. Die Maßnahme soll zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten und zur Förderung der Gesundheit dienen.

Thermalquellenbohrungen bei Säckingen. Zum Bericht über die letzte Bürgerausschusssitzung ist noch nachzutragen, daß auch die Vorlage über Bereitstellung von 12 000 M zur Vornahme weiterer Bohrungen nach den aufgetretenen Thermalquellenbohrungen sowie die Vorlage über Erweiterung des städtischen Krankenhauses bei einem Kostenvoranschlag von circa 250 000 Reichsmark angenommen wurden.

Feuergasversorgung für die Pfalz. In der Pfalz steht die Gründung einer Gesellschaft zur Verbreitung der Gasfermentierung für die Pfalz nahe bevor, nachdem bereits von Seiten des Ruhrgebietes diesbezügliche Verhandlungen mit der Stadtverwaltung Ludwigshafen vor sich gegangen sind. Man neigt jedoch mehr zum Saargebiet als Kohlen- und Gasproduzent.

Ein Theaterbau in Ludwigshafen. Der Stadtrat Ludwigshafen stimmte mit großer Mehrheit der Errichtung eines Theaterbaus auf dem Jubiläumspark an der Rheinbrücke zu. Damit bekommt Ludwigshafen nach den vorliegenden Plänen einen modernen und monumentalen Theaterbau, der eine Gesamtlänge von 79,8 m und eine Breite von 40 m aufweisen wird. Das Theater hat ein Fassungsvermögen von insgesamt 1500 Sitzplätzen, das bei größeren Veranstaltungen durch Hinzuziehen der Wandelgänge, Hallen und des Foyers um die Hälfte erhöht werden kann. Die Bühne selbst, vor der ein vertikalbarer Orchesterraum liegt, soll eine Breite von 22 m und eine Tiefe von 18,5 m erhalten. Auch eine moderne Orgel ist vorgesehen. Auf der gleichen Höhe wie der Rang soll ein geräumiges Kaffee eingerichtet werden, das 800 bis 1000 Personen Platz gibt.

Aus der Landeshauptstadt

Volkstrauertag. Für den allgemeinen Volkstrauertag am 4. März hat das Erzbischöfliche Ordinariat für die Erzdiözese Freiburg die Abhaltung von kirchlichen Feiern in ähnlicher Weise wie in den Vorjahren angeordnet. In den Mittagsstunden soll nach Möglichkeit ein Trauergeläute stattfinden. Für die Deutsche Kriegsgräberfürsorge wird ein Teil der allgemeinen Kirchenkollekte vom 5. Februar d. J. verwendet werden.

Bei einem Wettbewerb zur Erlangung neuzeitlicher Stilleben der Zeitschrift: „Stilleben und Epochen“, Verlag Alex. Koch, Darmstadt, der mit 1425 Arbeiten besetzt war, erhielt Fräulein Klara Rehbach, Schülerin der Textlabteilung der Badischen Landeskunstschule, einen V. Preis.

Der Schützenball, den die Schützengesellschaft Karlsruhe am Sonntag (19. Februar) in der städtischen Festhalle abhält, verpricht auch in diesem Jahre wieder besondere Freuden und Genüsse. Sämtliche Räume der Festhalle werden geschmückt und nicht weniger als vier Musikkapellen werden gewonnen. Das Fest ist diesmal in Form einer Reboute gedacht, wobei neben Masken und Kostümen auch Ballanzug zugelassen ist.

Badisches Landestheater. Freitag, den 17. Februar, geht Russforts so erfolgreiche Oper „Boris Godunow“ als geschlossene Vorstellung für die Volksbühne in Szene. Die musikalische Leitung hat Josef Krips und die szenische Otto Krauß. In dieser Aufführung ist der 4. Rang für den allgemeinen Verkauf freigegeben. Die vier Festtage von Samstag, den 18. bis Dienstag, den 21. Februar, bringen im Landestheater ein von Intendant Dr. Waag in Szene geführtes großes Kabarett. Im Rahmen dieser Veranstaltung gelangt auch der an verschiedenen Bühnen bereits mit großem Erfolg gegebene musikalische Einakter „Bin und zurück“ von Paul Hindemith zur Aufführung, welcher von Otto Krauß in Szene gesetzt wurde. Als letzte Nummer findet unter Mitwirkung des gesamten Personals die große Revue „Wappenwärt“ statt, welche durch ihren Inhalt die richtige Wirkung auf das Publikum nicht verfehlen wird. Der Beginn des Kabarets ist an allen vier Abenden 19 1/2 Uhr. Sonntag, den 19. Februar, findet als Nachmittagsvorstellung (Sondermiete für Auswärtige) eine Aufführung der mit so großem Beifall aufgenommenen Operette „Der Vogelhändler“ von Carl Zeller statt, unter der musikalischen Leitung von Rudolf Schwarz und der szenischen Leitung von Otto Krauß.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Die abnormale milde Bitterung hielt auch gestern bei uns an. Es herrscht jetzt allmählich bis in höhere Höhen Temperaturen über Null Grad (Feldberg den ganzen Tag über 8 Grad Wärme). Das Maximum betrug in der Ebene 12 Grad. Mit der Warmluft wurden erhebliche Feuchtigkeitmengen herangeführt, so daß es vielerorts anhaltend regnet (Feldberg 30 bis 60 Liter pro Quadratmeter). Die Zufuhr milder Westluft wird voraussichtlich anhalten, da der hohe Druck über England bereits wieder fällt. **Vorausfrage für 16. Febr.:** Fortdauer der abnormen milden Bitterung, wolfig und noch zu meist leichter Regen, im Gebirge Tauwetter bei freier westlicher Luftzufuhr.

Kurze Nachrichten aus Baden

Heidelberg, 14. Febr. Am 15. Februar feiert hier der bekannte Geologe Geh.-Rat Prof. Dr. Wilhelm Salomon-Galvi seinen 60. Geburtstag. Salomon wirkt seit 1897 in Heidelberg, davon seit 1908 als Direktor des Geologischen-paläontologischen Instituts. Seine wissenschaftlichen Arbeiten über die südwestdeutschen Bodenverhältnisse und Bodenschätze, sowie über die Klamellogruppe in den italienischen Alpen machten ihn weitlich bekannt. Im Jahre 1926 ernannte ihn die Stadt Heidelberg, um die er sich besonders als Erschließer der Thermalquelle verdient gemacht hatte, zu ihrem Ehrenbürger.

Ostersheim (Schweigen), 14. Febr. Altbürgermeister Philipp Illmer ist im Alter von 68 Jahren gestorben. Er war von 1893 bis 1904 Bürgermeister der Gemeinde Ostersheim.

Bruchsal, 15. Febr. Am 3. März findet in Bruchsal eine Tagung der Vereinigten Werkleiterverbände des mittelhessischen Gas- und Wasserfachmännervereins statt. An der Tagung nehmen Vertreter von Gas- und Wasserwerken Badens, Württembergs, Hessens, der Pfalz und des Saarlandes teil.

Bruchsal, 15. Febr. Wegen Lohnunterschieden haben die Mälzereiarbeiter gestern die Arbeit niedergelegt. Es kommen in den verschiedenen Betrieben zirka 70 Arbeiter in Betracht.

Bruchsal, 15. Febr. Gestern verhandelte das Amtsgericht gegen die Brüder Wilhelm und Heinrich Schmitt, Zimmerleute, die am 13. Januar nach ziemlichem Alkoholgenuß auf der Landstraße zwischen Bruchsal und Untergrombach in fünf Fällen Passanten mit Fußwerk oder Rad gewaltsam anhielten, mit Erschießen bedrohten und teilweise mißhandelten. Der sie festnehmenden Polizei leisteten sie tätlichen Widerstand. Das Urteil lautete wegen Nötigung in fortgesetzter Tat und Widerstand auf drei Monate Gefängnis und Erlegung der Kosten, sowie Anrechnung der vier Wochen Untersuchungshaft. Die Angeklagten nahmen die Strafen an.

Br. Willingen, 14. Febr. Infolge der andauernden Regengüsse ist das Brigadental unterhalb Willingen bis Gröningen weithin überschwemmt. Die Straße Nieheim-Warbach ist unpassierbar geworden, so daß heute nacht in Nieheim weinende Hochzeitsgäste den gewohnten Rückweg nach Warbach nicht mehr antreten konnten.

Freiburg i. Br., 15. Febr. Am 24. Februar findet im großen Sitzungssaal der Handelskammer Freiburg eine alljährliche Fahrplanschreibung für Oberbaden statt.

Freiburg, 15. Febr. Wegen Verdachtes des Schmutzgehalts mit Betäubungsmitteln sind in Vörrach und Weil-Leopoldshöhe mehr als 10 Personen festgenommen worden. Wie verlautet, wurde die Ware durch Grenzübergänger von Deutschland nach der Schweiz geschmuggelt. — Zu den Verhaftungen — es handelt sich in der Hauptsache um Morphinum und Kokain — erfahren wir von zuständiger Seite, daß die Verhaftungen schon mehrere Wochen zurückliegen, daß aber, um den Gang der Untersuchung nicht zu stören, bisher hierüber nichts mitgeteilt worden war. Auch jetzt können aus dem gleichen Grunde nähere Angaben nicht gemacht werden.

68. Singen, 15. Febr. Hier sind Bestrebungen im Gange, um dem „Eckhardtdichter“ Viktor von Scheffel ein Denkmal zu setzen. Bürgermeister Dr. Kaufmann hat die Angelegenheit in die Hand genommen. Als Sockel soll einer der Felsblöcke verwendet werden, die bei dem Felssturz im Dezember bis zur Fahrstraße heruntergerollt sind. Mit den württembergischen Behörden ist Fühlung genommen worden, um die „Ausfuhrbewilligung“ dieses Blockes aus der Enklave Hohentwiel zu erhalten. Steinbaumeister Bezirksrat Matt wird mit der Herstellung des Denkmals im Stadtpark beauftragt werden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	15. Febr.	14. Febr.
Amsterdam 100 G.	168.62	168.96
Kopenhagen 100 Kr.	112.17	112.39
Italien . . . 100 L.	22.19	22.23
London . . . 1 Pfd.	20.419	20.459
New York . . . 1 D.	4.1890	4.1970
Paris . . . 100 Fr.	16.46	16.50
Schweiz . . . 100 Fr.	80.56	80.70
Wien 100 Schilling	58.97	59.09
Prag . . . 100 Kr.	12.414	12.434

Badische Bank. Am Montag, den 5. März, findet in Mannheim die Generalversammlung der Aktionäre der Badischen Bank statt. Der Aufsichtsrat schlägt bekanntlich die Verteilung einer Dividende von 10 Proz. vor.

Verein deutscher Eisfabriken, Mannheim. Die Aufsichtsrats-sitzung beschloß, der auf den 20. März einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 5 (5) Proz. vorzuschlagen.

Zur Geschäftslage in der Textilindustrie. Um die gegenwärtige Lage der Beschäftigung in der Textilindustrie des Wiesen- und Wehrtales festzustellen, hat der Zentralverband christlicher Textilarbeiter eine Erhebung über die Arbeitszeit in der ersten Februarwoche veranlaßt, die folgendes Ergebnis aufwies: Von 46 Betrieben mit 50 und mehr Arbeitern wurden 39 Betriebe erfaßt, das sind 85 Proz. Hieron arbeiteten drei Betriebe kürzer, also weniger als 48 Stunden pro Woche. 11 Betriebe hatten die normale Arbeitszeit, 48 Stunden Wochenarbeit. Die übrigen 24 Betriebe arbeiteten mit Überstunden, und zwar drei Betriebe bis einschließlich 51 Stunden pro Woche, und die restlichen 21, also fast die Hälfte aller Betriebe, arbeitete mit der Höchstzulässigkeit der Überstundenzahl von 52 bis 54 Stunden pro Woche. In sechs Betrieben ist Ganz- bzw. Teil- und Schichtarbeit angefordert.

Verschiedenes

Millionenbetrug am Reich

Die „Voss. Ztg.“ meldet: Ein Betrugsfall von ungeheuren Ausmaß, durch den das deutsche Reich um Millionenbeträge geschädigt worden ist, beschäftigt zur Zeit die Berliner Staatsanwaltschaft. Es konnte ermittelt werden, daß seit länger als einem Jahr große Betrugsereien mit Kriegsanleihe-Aufbestell-Anmeldungen verübt worden sind. Als einer der Hauptschuldigen wurden in der Nacht zum Dienstag der aus dem großen Moabiter Aktenschiebungssprozeß bekannte Bankier Kunert von Beamten der Staatsanwaltschaft und der Kriminalpolizei verhaftet und in das Moabiter Untersuchungsgefängnis gebracht. Die Angelegenheit dürfte weitere Kreise ziehen, da nachgeprüft werden muß, auf welche Weise es Kunert gelungen ist, den Anmeldeprozeß durchzuführen. Weitere Verhaftungen sind zu erwarten. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft hat Kunert schon vor seiner Verhaftung und nach seiner nach dem Urteil erfolgten Freilassung, also in fortgesetzter Handlung, auf betrügerische Weise Kriegsanleihe-Neubestell als Aufbestell angemeldet und somit bekanntlich das Reich um außerordentlich hohe Beträge geschädigt. Der Unterschied zwischen Aufbestell und Neubestell spielt bekanntlich bei der Aufwertung der Kriegsanleihe deshalb eine besonders große Rolle, weil die Aufbestell eine fünfmal so hohe Aufwertung erhalten als die Neubestell.

Typhus in Gagen

Freiburg i. Br., 15. Febr. (Tel.) Nachdem am Samstag und Sonntag 10 Personen wegen Typhusverdachtes ins Krankenhaus eingeliefert worden waren, hat sich die Gesamtzahl aller an Typhus Erkrankten auf 65 erhöht. Die Zahl der Todesfälle beträgt 11.

Todesurteil gegen einen amerikanischen Mörder

Los Angeles, 15. Febr. (Tel.) Der 20jährige Mörder Sidmann, der unter Aufsehen erregenden Umständen die 12jährige Tochter eines wohlhabenden Geschäftsmannes getraut, erbrochelt und gestreckelt hatte, wurde heute zum Tode verurteilt. Er wird am 17. April gehängt werden.

Beulenpest in Brasilien

Rio de Janeiro, 14. Febr. (Tel.) Die Gesundheitsbehörden haben Maßnahmen ergriffen, um die Weiterverbreitung der Beulenpest, von der mehrere Fälle gemeldet worden sind, zu verhindern.

Staatsanzeiger

Dem Marianischen Mädchenschutzverein e. V. in München wurde die Erlaubnis zum Losverkauf in Baden erteilt. Karlsruhe, den 11. Februar 1928.
Der Minister des Innern
J. B.: Föhrerbach.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten
Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts
Zurückgesetzt auf Ansuchen:
Professor Peter Müller an der Realschule in Radolfzell.

KALTASPHALT
der
Firma Zeller & Gmelin
Eislingen / Fils (Württbg.)
die sechzigprozentige, nach dem Verfahren von Dr. Lydin, Karlsruhe, hergestellte, von keinem Auslands-patent abhängige, vorzüglich bewährte, reine Bitumen-Emulsion.

Das Staatsministerium hat mit Einschließung vom 27. Januar 1928 Nr. 728 ausgesprochen, daß die Eigentümer der Grundstücke Lsg. Nr. 6211, 414g, 424, 425, 6207, 269a, 6141, 230 und 233 der Gemarkung Niefern gemäß § 16 Absatz 6 D. Str. G. verpflichtet sind, an der Neueinteilung der Grundstücke im Gehann Ortssetzer (Hinter den Jäunen) der Gemarkung Niefern nach Maßgabe des vom Bad. Vermessungsamt Forzheim unterm 20. Dezember 1926 entworfenen Planes teilzunehmen.
Forzheim, den 10. Februar 1928.
Bezirksamt IIb.

Bekanntmachung.
Gemäß § 12 der Geschäftsordnung der Badischen Anwaltskammer wird bekanntgegeben, daß das Ehrengericht auf die Dauer der nächsten zwei Jahre aus folgenden Rechtsanwältinnen besteht:
1. Dieb, Dr. Karlsruhe, Vorsitzender,
2. Niesel, Dr. Karlsruhe, stellv. Vorsitzender,
3. Händel, Karlsruhe,
4. Lind, Mannheim,
5. Lambach, Dr. S., Offenburg.

Die Reihenfolge, in welcher die übrigen Mitglieder des Vorstandes als Ersatzrichter einzutreten haben, wurde wie folgt bestimmt:
Selb, Dr. Emil, Mannheim,
Deusch, Dr. Mannheim,
Gaas, Dr. V., Karlsruhe,
Schöb, Dr. O., Heidelberg,
Fürtst, Dr. Karlsruhe,
Steinel, Eugen, Forzheim,
Gentil, Dr. Mannheim,
Keffertle, Dr. Freiburg i. Br.,
Marum, Ludwig, Karlsruhe,
Kimmig, Dr. Konstanz.
Karlsruhe, den 11. Februar 1928.
Der Vorstand der Badischen Anwaltskammer:
Dr. Dieb, Vorsitzender.

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Nehmt Musikunterricht
bei der Musiklehrerschaft des Deutschen Musikerverbandes
Lehradressen erhältlich in den Musikalienhandlungen 961

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger
offizielles Organ der badischen Regierung

Über den ganzen Freistaat Baden verbreitet
Von sämtlichen Staats- und Gemeindebeamten,
in Industrie-, Handels- und Gewerbetrieben gelesen

Anzeigen aus Industrie, Handel und Gewerbe sind deshalb von ganz besonderer Wirkung

Geschäftsstelle:
Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 14
Telephon 952, 953, 954

Rittergüter und kleinere Güter mit besten und mittleren Bodenklassen haben wir auftrag, sehr preiswert zu verkaufen. Selbstkäufer mit nachw. Anzahl. wollen sich direkt an uns wenden. 147 Getreidegeschäft Fürtst & Alexander, Frankfurt a. d. Oder, Abt. Vermittlung.

Ludwig Schwegel
Karlsruhe i. B.
Erbsprinzenstraße 4 beim Rondellplatz
Flügel
Pianos 724
Harmoniums
Nur beste Fabrikate
Sehr mäßige Preise
Umtausch alter Klaviere

Nachfolge erfolgt jeweils Montags und Donnerstags 14 Uhr vom Baumarkt Freiburg aus. Vorherige Anmeldung ist erwünscht. Die Angebote sind beschloffen, postfrei mit der Aufschrift „Angebot Lorettotunnel“ spätestens bis Mittwoch, den 14. März 1928, vormittags 10 Uhr, zum Eröffnungstermin anher, Freiburg, Wilhelmstraße 48, einzureichen. Zuschlagsfrist 5 Wochen. Reichsbahnname Freiburg i. Br. Nr. 482

Nachhol-Versteigerung
Bad. Forstamt Odenheim versteigert am Donnerstag, den 28. Februar 1928, vormittags 9 1/2 Uhr, im Engel in Odenheim die Rotbuchenstämme aus Distrikt II Gr. Wald Abt. XI Neutwald Abt. 5, XII Mönchs-wald Abt. 1 und XVI Buides und zwar: 5 I. Al., 9 II. Al., 46 III. Al., 74 IV. Al., im Ganzen 130 fm. Die Stämme in XVI sind durchweg weißföhren. Ferner 32 Eter Buchen-Nachholholz I. Al. 1, 2, 3, II 1, 7, VIII 1, 2, 4.

Hierauf sämtliche Eichenstämme aus den Distrikten I Waschlach-Burgholz, II Gr. Wald, IV Nohrbacher Busch, VI Häufelwald, VIII Forstwald, XI Neutwald, XII Mönchs-wald, XIII Reidenhölzle, XVI Buides u. zwar: 7 I. Al., 19 II. Al., 55 III. Al., 120 IV. Al., 44 V. Al. i. G. 180 fm. Die zum Verkauf kommenden Stämme V. Al. liegen in Abt. II, 1, IV, VII, XI, 3, 5, XII, 1 XIII u. XVI. Die anderen sind schon verkauft, ebenso sämtliche Schwellen. Ferner aus Distr. XIII eine Linde III. Al. aus II, 1 ein Birchbaum IV. Al. Vorzeiger: I. Forstwart Erlewein, Eichelberg, II. Hoffmann, Waldangelloch, IV, VI, VIII Strider, Odenheim, XI, XII, XIII, Oberst, Unterwiesheim, XVI Wald, Odenheim. Losauszüge durch das Forstamt. Nr. 523

Freihändiger Nutholzverkauf.
Bad. Forstamt Philippsburg, Donnerstag, 1. März 1928. Stämme: 173 fm Kan. Rappeln, 5 im Schw. Rappeln, 2 im Bram. Rappeln, 50 im Weiden, in 8 Losen. Nr. 528
Losverzeichnisse durch das Forstamt.
Freihändiger Nutholzverkauf.
Badisches Forstamt Wolfach, Samstag, den 25. Februar, 1928 im Nadel-langholz aus Staatswald bei Hippoldsbau in 8 Losen. Losverzeichnisse durch das Forstamt. Nr. 526
Forst-Abtschnitte-Versteigerung
des Bad. Forstamts Philippsburg am Montag, den 27. Februar 1928, vorm. 9 1/2 Uhr, im „Ropf“ in Kirrlach aus Staatswald Untere Luffhardt: 646 fm Forst-Abtschnitte I, bis V. Al., darunter 100 fm Glaserholz (a). Nr. 527
Nachfragen durch das Forstamt und die Vorzeiger Forster Klotz in Kronau (für Abt. I 87), Forstwart Knopf in St. Leon (für Abt. I 88, 89, 40).
Sinsheim. Nr. 524
Güterrechtsregister Bd. I S. 308: Nohleder, Friedrich, Freisur in Sinsheim, und Emmy geb. Wagner. Vertrag vom 11. Januar 1928. Gütertrennung. 2. Februar 1928. Amtsgericht.

- v. d. Trend Ritter Leitzgeb Schulze Schellenberger Kienischer Höder Hiert Herz Schneider Meßner Gemmede Dahlen Graf Kühne Brand Müller Kroeble Meßner Brand Ostholz
- Gesler Attinghausen Hubenz Stauffacher Gumm Schellenberger Rebing Fürtst Zell Kößelmann Kuoni Schneider Meßner Gemmede Melchthal Baumgarten Sarnen Frießhard Leuthold Sartas Stühi Fronbott Steinmetz
- Gesellen { Schmidt-Meßler Dymar Schellenberger Ausrüfer Landenberger { Kühne Meßer Frauendorfer Wietens Quatser Sonntag Willer Ermarth Genter Meßler Ott Silber Schneyler Otholt Wiedel

COLOSSEUM
Waldstraße 16
Telephon 5599
Neute
Abschieds-Abend
Sylvester Schaffer
der König der Artisten
sowie
das übrige große
Variété-Programm

Badisches Landestheater
Donnerstag, 16. Febr. 1928
Geschlossene Vorstellung für die an Ostern zur Entlassung kommenden Volksschüler
Wilhelm Tell
von Schiller
In Szene gesetzt von Felix Baumbach